

NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung (Sondersitzung) des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	31.05.2000
von:	14.00 Uhr
bis:	15.07 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred - für Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Stadt VD Mengel
Stadt. OVR Kühn
Rechtsdirektor Loos

VA Schneider
Dipl.-Ing. Rohr
Dipl.-Ing. Brede
StAR Dorsch
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung des öffentlichen Teils um die Punkte 4.1 und 6 einverstanden.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (F.D.P.)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

10. HFA 31.05.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

10. HFA 31.05.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

10. HFA 31.05.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Prüfung aller zusammenhängenden beplanten und unbeplanten Industrie- und Gewerbegebiete im Hinblick auf die Zulässigkeit großflächiger Einzelhandelsbetriebe

Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 23.05.2000

Fazit:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine aktuelle Liste nach den Sommerferien 2000 den zuständigen Gremien vorzulegen.

10. HFA 31.05.2000

5. Bebauungsplan Nr. 271 „Gewerbe- und Industriegebiet Rinsena - Teil A“ im Stadtteil (Alt-)Siegen

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung nebst Begründung

Vorlagenr. 439/00 und 439/00 A - Vorlagen vom 03.05. und 26.05.2000

Angesichts der hohen Priorität für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen wird die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen, so Herr Schneider. Darüber hinaus ist das Einzelhandelsentwicklungskonzept konsequent zu beachten und weiter zu verfolgen.

Herr Mues hält fest, dass sich die CDU-Fraktion aus den gleichen Gründen dem Vorschlag anschließen wird. Es ist jedoch bedauerlich, dass das Verfahren nicht zügiger abgewickelt wurde.

Bezug nehmend auf die Beteiligung der zuständigen Ausschüsse bittet Herr Köhl, die Stellungnahme des Justitiars zu protokollieren.

Herr Loos führt aus, dass am 22.05.2000 eine gemeinsame Sitzung des Bezirks-ausschusses IV, des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften sowie des Bauausschusses stattgefunden hatte. In dieser Sitzung wurde dem Antrag zur Tagesordnung, die Rednerliste zu schließen und über einen zuvor von Herrn Reitz gestellten Antrag abzustimmen, mehrheitlich gefolgt. Allerdings ist im Anschluss daran die gemeinsame Sitzung durch den Vorsitzenden des Bauausschusses geschlossen worden, ohne dass über die zuvor gestellten Sachanträge abgestimmt wurde.

Damit stellt sich die Frage, ob der Rat den Satzungsbeschluss rechtmäßig fassen kann oder ob die Ausschüsse zuvor erneut mit der Angelegenheit befasst werden müssen.

Eine Rechtsverletzung der Bestimmungen des Baugesetzbuches ist durch die o. g. Verfahrensweise unter keinen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten festzustellen. Das Baugesetzbuch normiert in den Form- und Verfahrensvorschriften für die Aufstellung der Bauleitpläne mit keinem Wort eine „Vorbefassung“ gemeindlicher Ausschüsse.

Damit stellt sich allenfalls die Frage, ob allgemeine kommunalverfassungsrechtliche Vorschriften verletzt worden sind.

Die durchgeführte Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass dies nicht der Fall ist. Zwar ist auch eine Verletzung der Bestimmungen der Zuständigkeitsordnung des Rates eine Rechtsverletzung im Sinne des § 54 der Gemeindeordnung, die zwangsläufig zur Folge hat, dass auch eine Beanstandung durch den Bürgermeister erfolgen muss, aber die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates normiert lediglich, dass eine Beratung stattzufinden hat. Diese Beratung hat am 22.05.2000 ausweislich des vorliegenden Vorabauszuges aus der Niederschrift stattgefunden. Es ist nicht erforderlich, dass eine solche Beratung auch zwingend mit einem greifbaren Ergebnis oder einer Beschlussempfehlung

endet. Daher ist festzuhalten, dass eine Beratung im Sinne der Zuständigkeitsordnung stattgefunden hat. Eine erneute Befassung dieser Ausschüsse ist nicht erforderlich. Mithin kann der Rat heute den Satzungsbeschluss fassen.

Herr Boller ist der Meinung, dass besser Einzelhandel hätte komplett ausgeschlossen bzw. eine Positivliste erstellt werden sollten.

Beschlussvorschlag (gem. Vorlagen Nr. 439/99 und 439/00 A):

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Ergänzungsvorlage Nr. 439/00 A zustimmend zur Kenntnis.

1. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen beschließt der Rat der Stadt Siegen wie folgt:
 - Den Anregungen der Firma Flender, den Schallleistungspegel zu erhöhen, die lfd. Nr. 38 der Abstandsliste doch zuzulassen und eine Erweiterung in südlicher Richtung vorzunehmen, wird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.1 der Vorlage).
 - Den Anregungen des Einzelhandelsverbandes hinsichtlich des Einzelhandels und der Begrenzung der Verkaufsfläche wird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.2 der Vorlage).
 - Den Anregungen und Bedenken der Rechtsanwälte Schleifenbaum und Partner hinsichtlich
 - a) des Strukturwandels,
 - b) der Belange der Wirtschaft,
 - c) des Einzelhandels und Agglomeration,
 - d) der Funktion des Oberzentrums,
 - e) der Qualifikation als Industriegebiet,
 - f) der Infrastruktur,
 - g) der Gliederung des Gebietes,
 - h) der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
 - i) der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung,
 - j) der Kleinräumigkeit und
 - k) der Abwägungsdefizitewird nicht gefolgt (siehe Pkt. 2.1.3 der Vorlage).

2. Redaktionelle Änderungen zum Heidenberg:

Die Begründung zum Bebauungsplan wird um die neueste Entwicklung am Heidenberg ergänzt. D. h., die Stadt Siegen entwickelt dort z. Z. einen Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet.

Das Wort "Wertkauf" ist durch das Wort "WAL-Mart" zu ersetzen.

Die Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes bleibt im Übrigen unverändert - vorbehaltlich der in dieser Vorlage angegebenen nachstehenden Ausführungen.

3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt

3.1 den Bebauungsplan Nr. 271 "Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenu - Teil A" gem. § 10 BauGB als Satzung.

3.2 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 271 "Gewerbe- und Industriegebiet Rinsenu - Teil A" laut Anlage 2.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

6. **Fahrzeuersatzbeschaffung;
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung bei HHSt. 1.675.9351.8**

Vorlagenr. 468/00 - Vorlage vom 19.05.2000

Herr Boller bemängelt das Verfahren, da die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung früher hätte bekannt sein und die Finanzierung im Haushalt eingeplant werden müssen. Er spricht sich dagegen aus, die Planungsmittel für die Fußgängerunter-führung am Bahnhof Siegen als Deckung heranzuziehen, da die Maßnahme dringend begonnen werden muss.

Auch Herr Mues ist der Meinung, dass konsequent Ersatzbeschaffungen frühzeitiger geplant werden müssen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt im Rahmen der Übergangswirtschaft bei der Haushaltsstelle 1.675.9351.8 Haushaltsmittel in Höhe von 300.000,00 DM gemäß § 82 Abs. 1 GO NW überplanmäßig zur Ersatzbeschaffung von zwei Kleinkehr-maschinen bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

10. HFA 31.05.2000